

Kurzbericht

Alle eingeladenen Fraktionen waren vertreten, das Gespräch verlief in einer guten Gesprächsatmosphäre. Wir gingen die einzelnen Punkte durch und kamen zu einem Ergebnis. Im Vorfeld wird noch darüber informiert, dass auf Nachfrage zwei von drei Leistungserbringern die Verträge so nicht fortführen können oder wollen. D.h. es muss die Entscheidung her- was tun?

Personal:

Unsicherheiten für das Personal bei Betriebsübergang bestehen. Sicherung nach Betriebsübergang gilt für 1 Jahr. Das Personal wird übernommen. Hoher Stellenwert bei Bewertung, Haustarife möglich, bei Kommunalisierung entfällt die 5 Jahresperiode. Wenn Personal dienstunfähig wird, muss dann die Verwaltung eintreten? Nicht unbedingt.

Denn: sind wir schon einmal mit Personalproblemen bei APM oder ÖPNV konfrontiert worden?

Rettungswachen:

Erweiterung und Neubau geht bei GmbH schneller und kontrollierbarer, hier wird aufgrund der fachlichen Bündelung sachgerecht und wirtschaftlich gebaut.

Sachmittel/Medikamente/Bestellungen:

Wird in der Verwaltung bearbeitet. Schnittstellen (drei Antragsteller, Verwaltung bündelt und bestellt)

Finanzen:

Gebühren, durchlaufender Posten. Dienstleister können nur über Personalkosten einsparen.

Erweiterter Rettungsdienst:

Wird auch bei Kommunalisierung nicht als Problem gesehen, da es auch in den anderen LK verschiedene Kooperationsmodelle und Zusammenarbeit gibt.

Innovationskraft:

Darauf stellte das Gutachten ab, wird von der Gruppe nicht so hoch bewertet – jede vernünftige Verbesserung kann eingeführt werden.

Kommunalisierung

Pflichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge – schon praktiziert in

APM Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark GmbH und die

Verkehrsgesellschaft regiobus Potsdam-Mittelmark GmbH.

Das Zeitfenster der Kommunalisierung ist wie im Antrag der Verwaltung für beide Wege gegeben.

Organisationsform

Machbar und oft geübt, Kontrollfunktion des Landkreises mit Aufsichtsrat und Kreistag.

Die SWOT-Analyse

Stellt Schwächen dar, die aber ebenso Stärken sind. Kommunalisierung wird gewollt gering geschätzt.

Es bleibt eine politische Entscheidung: Soll die Verwaltung weiterhin den Rettungsdienst verwalten oder wollen wir ihn managen?

Fazit der Beratung:

In allen Punkten wurden übereinstimmende Meinungen erzielt. Am Ende ist es eine rein politische Entscheidung, da sowohl eine Weiterführung möglich erscheint als auch eine Kommunalisierung. Das Zeitfenster ist für beide gleich – schwer oder leicht, wie man es betrachtet.

Dass die SWOT-Analyse verteilt wurde und zwei Wochen später der Antrag der Verwaltung bereits vorlag, erschwerte und beeinflusste die Entscheidung in der Koalition deutlich.

Ein weiteres Treffen wurde nicht vereinbart. Auch der Vorschlag, noch gemeinsam Betriebsräte zu hören, wurde nicht angenommen.

DIE LINKE wird vor dem Kreistag noch Betriebsräte einladen. Zur Entscheidungsfindung wird diese Anhörung voraussichtlich aber nicht mehr beitragen können.